

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt Riesa,
Hermannstr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befähigterseits bestimmtes Blatt.

Postfachnummer
Dresden 1330,
Verlag
Riesa Nr. 22.

Nr. 271.

Freitag, 22. November 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Postgebühren. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Stellamezeile 100 Gold-Pfennige, zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Tarife, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Gedächtnis an der Erde". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 60. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nylmann, Riesa; für Angelegenheiten: Wilhelm Dittich, Riesa.

Saarverhandlungen.

Endlich sind wir also nun so weit gekommen, daß im französischen Außenministerium unter dem Vorsitz des Ministers Fernot über das Saargebiet verhandelt wird. Die Besprechungen sind nicht öffentlich, obwohl das öffentliche Interesse für diese Frage in allen Ländern groß ist. Aber der Ausschluss der Öffentlichkeit erleichtert unter Umständen tatsächlich die Verständigung. Wären sich Parteien irgendwo vor der Öffentlichkeit äußern, fänden sie sich dadurch nur gar zu leicht festgelegt, und sind deshalb entweder besonders vorsichtig mit entgegenkommenden Vorschlägen oder aber auch aus Prestigegründen sehr eigensinnig, wenn es sich darum handelt, bei irgendwelchen Forderungen um ein paar Pfunde zurückzutreten. Hoffentlich sind sich aber die Verhandlungsgegner ebenso wie die öffentliche Meinung der Welt darüber klar, daß zur psychologischen wie wirtschaftlichen Liquidierung des Krieges die Vereinfachung der Saarfrage genau so gehört, wie die Vereinfachung der Besatzungsfrage. Wenn das Rheinland an Deutschland zurückgegeben wird, und dadurch unser Vaterland endlich wieder feste Grenzen im Westen bekommt, so darf auch das Volk an der Saar nicht länger offen bleiben. Es würden sonst alle die Hindernisse, die Kompetenzankämpfe, die wirtschaftlichen Streitfragen, schließlich auch sogar die Annexionspropaganda wie bisher bestehen bleiben. Die Zahl der fremden Truppen im Saargebiet ist bekanntlich schon seit einiger Zeit verringert. Aber immer noch besteht die besondere Zollgrenze, durch die das Saargebiet von Deutschland abgetrennt und nach Frankreich hin offengelegt ist. Jeder, der einmal im Saargebiet zu tun hatte, wird diesen Widerspruch zu allen geographischen und historischen Verhältnissen empfunden haben, daß man nur mit Vorbehalt nach Zollkontrolle von Deutschland aus an die Saar kommen kann; daß man dagegen, als ob man in Frankreich wäre, unbehindert von der Saar nach Paris fährt. Natürlich sollte durch diese besondere Politik gewissermaßen das Gefälle des wirtschaftlichen und politischen Lebens an der Saar umgekehrt und von Deutschland nach Frankreich geleitet werden. Für manche Wirtschaftsbetriebe ist das auch gelungen, weil Wirtschaft immer unter dem Zwang materieller Lebensbedingungen steht. Für das geistige Leben ist es ganz und gar nicht gelungen. Die französische Propaganda, die in dem künstlich isolierten Gebiet betrieben wurde, hat von ihren Zielen nicht erreicht, und auch das eigentümliche Völkerverhältnis hat dem deutschen Lande kein anderes Gepräge geben können. Je eher alle diese künstlichen Einrichtungen, die ihre Herkunft aus der Zeit der Kriegspolizei nicht verleugnen können, wieder verschwinden, umso besser wird es für die Veruhigung beider beteiligter Völker, Frankreichs sowohl wie Deutschlands, sein.

Die Räumung des Koblenzer Brückentopfes.

* Koblenz. Nachdem im Laufe des Mittwochs die französischen Gendarmereaktionen in Dies, Montabaur, Oberlahnstein und Bad Ems zurückgegangen worden sind, sind im Laufe des Donnerstags auch die Gendarmereaktionen in Neuwied, Karweiler, Andernach, Soppard, und St. Goar aufgehoben worden. Auf der rechten Rheinseite des Koblenzer Brückentopfes ist kein französischer Soldat und kein französischer Gendarm mehr mit Ausnahme der kleinen Fahnenwache auf der Festung Ehrenbreitstein. Inzwischen ist auch die Übergabe des Oberpräsidiums in Koblenz, des bisherigen Sitzes der Rheinlandkommission, an die Reichsvermögensverwaltung erfolgt. Das freie Verfügungsrecht ist allerdings den Deutschen noch nicht zurückgegeben worden, da der Beschlagnahmebefehl für das Gebäude vorläufig noch weiter besteht.

Die Tagesordnung für die erste Reichstags-Sitzung nach den Ferien.

*) Berlin. Die Tagesordnung für die nächste Reichstags-Sitzung, die am Mittwoch, den 27. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr beginnt, liegt nunmehr vor. Das Ganze wird sich zunächst mit der ersten und zweiten Beratung des Gesetzentwurfes über den deutsch-perikanischen Freundschaftsvertrag, das deutsch-perinkische Niederlassungsabkommen und das Handels-, Zoll- und Schiffahrtsabkommen mit Werfen beschäftigen. Weiter stehen die Beschlüsse über ein Abkommen mit der Türkei bezüglich des Rechtsverkehrs in Zivil- und Handelsachen, sowie über den Freundschaftsvertrag mit dem Königreich des Jemen auf der Tagesordnung. Ferner ist die Beratung des Gesetzentwurfes über den Verkehr mit Verbindungsmitteln, das sogenannte Optimumgesetz, zur Beratung vorgezogen. Außerdem sollen beraten werden die Beschlüsse über die Aufgabe von Rückwaren, über Zuschüsse aus Reichsmitteln für die Anstellung von Landarbeitern, über die Bergmannsleistungen, sowie über die Unterstützung von Betrieben und Arbeitnehmern auf Grund der Einführung des Braunkohlenmonopols. Auch ein kommunikativer Antrag über Gewährung von Winterbeihilfen an Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner steht zur Beratung. Schließlich ist noch die erste Beratung der Reichshaushaltsrechnung für 1930 vorgesehen.

Das Agrarprogramm des Reichskabinetts.

Syndikatsmäßige Bindung des Getreidehandels geplant.

*) Berlin. Das Reichskabinett hat am Dienstag über die Vorschläge beraten, die der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zur Fortführung der Hilfsaktion für die Landwirtschaft erlassen hatte. Nach dem katastrophalen Kurssturz auf dem Roggenmarkt sollen die Roggenpreise durch die Aktion der Reichsregierung wieder dem früheren Normalstand nähergebracht werden.

Das vom Reichskabinett beschlossene Programm will dieses Ziel folgendermaßen erreichen: Solange die Preise für Weizen und Roggen unter einem gewissen Richtpreis bleiben, wird zu dem autonomen Zollfuß von 7,50 und 7 Mk. ein Ausgleichszuschlag in Höhe von 2,50 Mk. erhoben werden. Die Richtpreise sind noch nicht endgültig festgestellt. Man darf aber annehmen, daß sie ungefähr in der Höhe von 270 Mk. für die Tonne Weizen und 230 Mk. für die Tonne Roggen liegen, während der tatsächliche Marktpreis am Sonnabend für Weizen etwa 227 Mk. und für Roggen etwa 185 Mk. betragen hat.

Das Reichskabinett hat ferner beschlossen, daß ein bestimmtes Roggenquantum in einer noch festzusetzenden Höhe auf Lager genommen wird, um den Roggenmarkt von dem unmittelbaren Preisdruck zu befreien, der von einem starken landwirtschaftlichen Notangebot ausgeht. Dieser Roggen soll durch Veräußerung für die menschliche Nahrung unbrauchbar gemacht und durch eine Prämie in Höhe von 40 Mark für die spätere Verwendung zu Futtermitteln verbilligt werden.

Diese Prämie bedeutet, wie erklärt wird, keine finanzielle Belastung des Reiches, vielmehr unter gewissen Umständen sogar noch eine Entlastung der Reichskasse, weil durch diese Prämie, die den Transport des Roggens vom Ofen nach Westen verbilligen soll, die Ausgabe von Einfuhrzöllen erspart werde, die bei dem geltenden Zollfuß etwa 60 Mark und bei dem kommenden Zollfuß etwa 70 Mk. für die Tonne ausgeführten Roggens wert sind. Im Zusammenhang mit der Transportprämie von Roggen steht der vielumstrittene Zoll für Futtermittel.

Grundätzlich soll eine beträchtliche Zollrückbildung für Futtermittel von 2 auf 5 Mark eintreten, jedoch mit einer Einschränkung, die die Interessen der weidmännlichen Schweinezüchter wahrt. Der alte Zollfuß für Futtermittel soll nämlich für diejenigen weidmännlichen Landwirte erhalten bleiben, die ein Quantum verfallenen Roggens beziehen, das in einem bestimmten Verhältnis mit der von diesen Landwirten sonst allein bezogenen Futtermittelmenge steht. Um diese Verhältniszahl dürfte es im Reichstag noch einige Kämpfe geben.

Im Anschluß an die handelspolitische Verständigung mit Polen nimmt man im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, soweit er sich mit der Roggenausfuhr beschäftigt, in beiden Ländern in einer syndikatsmäßigen Bindung zusammengefaßt wird. Diese syndikatsmäßige Bindung soll das letzte für die Valorisierung des Roggens in Vorschlag gebrachte Mittel sein. Die Einzelheiten stehen ebenfalls noch nicht fest, ebensowenig die genaue Form dieser syndikatsmäßigen Bindung. Eine solche Zusammenfassung des Getreideausfuhrhandels auf einem Teilgebiete wird sicher eine lebhafteste Kritik auslösen, da hier tatsächlich

Vertrauensvotum für Eugen Berg.

Der Parteivorstand für Weibehaltung des § 4.

*) Kassel. Nach der Billigung der Thesen, die Geheimrat Eugen Berg in seiner getragenen Rede aufgestellt hat, beschloß sich der Parteivorstand der Deutschen Nationalen Volkspartei noch in einer mehrstündigen, lebhaften Aussprache mit § 4 des Freiheitsgesetzesentwurfes. Wie verlautet, eroberte die Aussprache mit dem Vertrauensvotum für den Parteivorstand, das mit harter Mehrheit angenommen wurde. Es wird berichtet, daß von den nicht ganz 100 Mitgliedern des Parteivorstandes 85 anwesend waren, darunter auch eine Anzahl von denen, über die bekannt ist, daß sie einen anderen taktischen Standpunkt einnehmen, als die Parteiführung. Das Vertrauensvotum ist aufgebaut auf der Forderung Geheimrat Eugen Bergs, daß das Freiheitsgesetz in seiner jetzigen Form ohne jeden Vorbehalt unterkühlt werde, d. h. also, daß der Parteivorstand sich dafür entschieden hat, den § 4 nicht fallen zu lassen. Er hat dazu die Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß auch die Reichstagsfraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei für den § 4 stimmen werde.

Der sozialdemokratische Parteiausschuß zum Volkseinstich.

*) Berlin. Die Sitzung des Parteiausschusses der Sozialdemokratischen Partei am Donnerstag besaßte sich mit dem Ergebnis des Volksbegehrens und laute einen Beschluß, in dem es u. a. heißt: Die Partei wird sich mit gesammelter Kraft für ein Scheitern des Volkseinstichs und damit für eine Verhärterung der Niederlage der Reichsfraktionen einsetzen. Für den am 22. Dezember

in eine Einigung der freien Wirtschaft erfolgt. Das Reichskabinett hat diese Maßnahmen gebilligt.

Der von der Grünen Front erzielte Vermeidungszwang ist vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft noch für Roggen eingeführt worden. Vorübergehend ist lediglich der Vermeidungszwang für die Monate Dezember und Januar auf 50 Prozent erhöht worden. Das jetzige Getreidekontingent, gegen das sich die Vertreter der Grünen Front ebenfalls ausgesprochen haben, bleibt bestehen.

Sozialpolitische Fragen auf landwirtschaftlichem Gebiet.

*) Berlin. Bekanntlich tritt die Sozialreformkommission vom 17. August 1925 am 31. Dezember d. J. außer Kraft. Wenn sie nicht verlängert werden würde, würden nicht nur wichtige Agrarprobleme, sondern auch eine große Reihe sehr wichtiger Industriezweige in Fortfall kommen. Es ist deshalb in Verbindung mit der Verlängerung der genannten Sozialreformkommission, die im Sommer dieses Jahres unerledigt gebliebenen sozialpolitischen Fragen auf landwirtschaftlichem Gebiete zu regeln und daneben einige dringliche Maßnahmen auf dem Gebiet der Marktregulierung zu treffen. Es handelt sich zunächst um das Getreideproblem, bei dem wiederum die Roggenfrage im Vordergrund steht. Infolge der guten Roggenerntes der beiden letzten Jahre sind große Ueberschüsse vorhanden, die preisdrückend auf den Markt wirken. Der Gedanke, durch Einschränkung eines Vermeidungszwanges von Roggen zum Weizen einen vermehrten Roggenverbrauch zu erzielen, hat sich infolge unüberwindlicher technischer Schwierigkeiten als unüberwindlich herausgestellt. Es bleibt daher nur übrig, einen Preis für verhärteten Roggenveräußerung zu geben. Dies soll dadurch erreicht werden, daß verbilligter Roggen aus dem Ofen nach dem Westen geschafft und dort zusammen mit niedrig verzollter Getreide aus dem Ausland eingeführt wird. Dadurch wird auf der einen Seite eine Entlastung der Roggenmärkte des Ostens erreicht, auf der anderen Seite eine härtere Veräußerung von Roggen im Westen unter gleichzeitiger Sicherung des Wertbezuges für die Schweinemäher zu dem bisherigen Zollfuß. Wer nicht den Rohpreis erbringt, darf er derartigen verbilligten Roggen zu Futtermitteln verkauft hat, wird in Zukunft Getreide nur zu erhöhten Zollfüßen, nämlich 5 RM., beziehen können.

Als weitere Maßnahme zur Stützung des Roggenmarktes ist die Einlagerung einer größeren Menge Roggen beabsichtigt.

Für Roggen — und entsprechend für die übrigen Getreidearten — wird ferner erwogen, die Zölle den jeweils geltenden Preisverhältnissen anzupassen. Grundätzlich sollen die jetzigen Zölle für Getreide beibehalten, aber bei Unterschreiten bestimmter Preisgrenzen erhöht und bei Ueberschreiten gewisser Preise ermäßigt werden.

Ferner werden auf dem Gebiet der Vieh- und Fleischzölle, die bereits im handelspolitischen Ausschuss des Reichstages behandelt worden sind, Maßnahmen zu treffen sein, die den Beschlüssen des vorgenannten Ausschusses im wesentlichen entsprechen.

Stattfindenden Volkseinstich fordern der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Parteiausschuß deshalb zum Fernbleiben von der Abstimmung auf. Außerdem behandelte der Parteiausschuß das Ergebnis der Provinzialparlamentswahlen in seiner Wirkung auf die Zusammensetzung des Preussischen Staatsrats und des Reichsrates.

Dr. Boeckh-Geffter über den Einheitsstaat.

Aus Berlin wird gemeldet: Im Rahmen der Vorlesungen der Verwaltungsakademie sprach gestern abend in der Universität der sächsische Ministerialdirektor und aktive Mitarbeiter an der Länderkonferenz, Herr Dr. Boeckh-Geffter, über den Einheitsstaat. In einer eingehenden Darstellung der historischen Entwicklung zeigte er, daß neben den häufigen Elementen und den preussischen Oligomeniebestrebungen die Idee des einheitsstaatlichen Nationalstaates sich immer mehr durchzusetzen habe. Seit 1918 seien die Länder nicht mehr erfüllt von einer Staatsidee, sondern lediglich von einer reinen Verwaltungsaufsicht, und nur die äußeren überalterten Formen täuschten heute noch über diese Tatsache hinweg. Er ging dann auf die Schwierigkeiten und auf die verchiedenen Vorschläge ein, wobei er auch auf den Gedanken des ehemaligen Reichsministers Roth-Beyer, einen dezentralisierten Einheitsstaat zu schaffen, hinwies, der aber an dem Widerstand der Länder gescheitert sei, während der Vorschlag des ehemaligen Reichsministers Luther ebenfalls auf politische Widerstände stieß. Dem gegenüber verlor die Länderkonferenz, einen Weg zu finden, dessen elastisches System auf die besonderen in Deutschland Verhältnisse Rücksicht nehme. Abschließend wies der Vortragende darauf hin, daß in den Arbeiten der Länderkonferenz ein ungedeuter gedanklicher Fortschritt erzielt sei, daß aber auch der politische Wille zu einer Reichsreform nach der Richtung bedürftig.